

Alan Jara, früherer Gouverneur des Departements Meta, wurde nach seiner Amtszeit Mitarbeiter der UN in Kolumbien. In dieser Funktion wurde er 2001 von der FARC entführt.

Das Magazin El Espectador berichtet am 14. April 2011 darüber, warum Jara darauf verzichtet, Forderungen gegen den kolumbianischen Staat zu erheben:

„Ich stelle keine Forderungen“: Alan Jara

An diesem Donnerstag entschied der frühere Gouverneur des Departements Meta, Alan Jara, darauf zu verzichten, einen Ausgleichsprozess einzuleiten, mittels dessen er eine Entschädigung in Höhe von umgerechnet rund 3,2 Mio € hätte verlangen können, nachdem er vom 15. Juli 2001 (einen Tag vor unserer Entführung, A.d.Ü.) bis zum 3. Februar 2009 sich in der Gewalt der FARC befunden hatte.

„Am 14. April 2011 fand ein Vergleichstermin bei der Justizaufsicht statt, bei dem festzustellen war, ob seitens des Staates der Wille zum Vergleich vorhanden sei. Meine Einstellung war positiv gegenüber einem Vergleich und daher werde ich keinen Antrag auf Entschädigung stellen, obgleich ich das Recht auf meiner Seite habe“, führte der frühere Politiker aus.

Laut Jara „war es meine permanente Sorge, dass der Staat und das Parlament den Familien der noch immer Entführten gleiche Behandlung zukommen ließen. Zusammen mit meiner Familie erkennen wir die positive Haltung von Präsident Santos an, eine Gesetzgebung zu schaffen, die zugunsten der Opfer angelegt ist und daher passe ich mich den entsprechenden Normen an“.

Der Fall hatte landesweit Polemik ausgelöst, zumal die Regierung angekündigt hatte, sie werde nach Rechtsmechanismen suchen, wonach frühere Entführte keine Möglichkeit erhielten, Forderungen an den Staat zu stellen. Die Regierung argumentierte, es sei die FARC gewesen, der die Entführten ihrer Freiheit beraubt hätte und nicht der Staat.....